

Muslime sollen sich stärker engagieren

| 1  | **SZ** | **Macht** | 18.05.2010 12:05

Innenminister wirbt auf Islam-Konferenz für mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt

Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat die Muslime in Deutschland aufgerufen, sich stärker am gesellschaftlichen und politischen Leben zu beteiligen. Zum Auftakt der ersten Sitzung der Deutschen Islamkonferenz (DIK) unter seiner Leitung sagte der CDU-Politiker am Montag in Berlin, Ziel sei es, die 'Integration der Muslime durch Teilhabe zu fördern' und so Zugehörigkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. 'Teilhabe heißt auch: Verantwortung zu übernehmen.' Die Runde aus etwa 30 Vertretern von Bund, Ländern, Gemeinden sowie Muslim-Verbänden und muslimischen Persönlichkeiten verabschiedete hierzu ein Arbeitsprogramm mit drei Themenschwerpunkten.



Demnach sollen in dieser Wahlperiode konkrete Ergebnisse erzielt werden, wie Imame in Landes- und Gesellschaftskunde fortgebildet werden. Weiterhin plant die Runde, ein bundesweites Modell für den Islamunterricht an staatlichen Schulen und die Einrichtung muslimisch-theologischer Lehrstühle an Universitäten zu entwerfen. Zum zweiten erklärten sich die Teilnehmer bereit, in einem Themenschwerpunkt zu 'Geschlechtergerechtigkeit' das gesellschaftliche Engagement von Musliminnen zu fördern.

Über Instrumente gegen die Unterdrückung von Frauen in muslimischen Familien, Zwangsheiraten und häusliche Gewalt wird jedoch erst debattiert, wenn eine Studie die Ursachen dieses Phänomens untersucht hat. Diese solle in 'einem halben bis dreiviertel Jahr' vorliegen, sagte de Maizière. Zuvor hatte der Verband der Islamischen Kulturzentren (VIKZ) entsprechende Pläne des Innenministeriums zur Gleichberechtigung kritisiert: Sie würden Vorurteile befördern ohne einen wissenschaftlichen Beleg. Damit konnte sich der VIKZ offenbar durchsetzen. Mit Geschlechtergerechtigkeit und Islamismusbekämpfung würde auf 'gesellschaftliche Randthemen' gesetzt, erklärte der muslimische Verband. Dennoch einigte sich die Konferenz auf den Bereich der

Extremismusbekämpfung als dritten Schwerpunkt.

De Maizière betonte, die Konferenz müsse konkreter arbeiten und die Bevölkerung erreichen. Die Debatte, etwa über Geschlechtergerechtigkeit, müsse 'in die Schulen, in die Moscheen und an die Küchentische'.

Überschattet wurde die Konferenz vom Ausschluss des Islamrats und dem Ausstieg des Zentralrats der Muslime (ZMD). De Maizière war sichtlich darum bemüht, die Kontroverse klein zu halten. 'Die Debatte um die Zusammensetzung ist mit dem heutigen Tage beendet', sagte er, nun müsse es um Ergebnisse gehen.

Zuvor hatte er mit der Einladung zweier weiterer Moscheeverbände den Muslimen Entgegenkommen signalisiert. Auf Wunsch der etablierten Verbände lud er kurzfristig die 'Islamische Gemeinschaft der Bosniaken in Deutschland' und den Zentralrat der Marokkaner ein - kleine Organisationen, die bisher öffentlich kaum in Erscheinung getreten sind.

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit (SPD), warf de Maizière eine dilettantische Vorbereitung vor. Mit der Ausladung des Islamrats und handwerklichen Fehlern erwecke der Minister den Eindruck, ein Scheitern in Kauf zu nehmen. De Maizière habe unnötig Vertrauen verspielt.

ROLAND PREUB

Bild: dpa

Quelle: <http://jetzt.sueddeutsche.de/texte/anzeigen/504082>